StD Müller erläutert den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

RM Just erläutert den Änderungsantrag der Fraktion „Freie Bürger“. Seine Fraktion ist der Auffassung, dass die Maskenpflicht nur für Ratssitzungen gelten sollte. In Ausschusssitzungen sind selten mehr als 15 Personen anwesend, so dass die Abstände zueinander von 1,5 m einzuhalten sind. In Ratssitzungen sieht es anders aus. In Ausschusssitzungen besteht dann auch die Möglichkeit die Masken abzunehmen, zumal das Bürgerhaus über eine Lüftungsanlage verfügt.

RM Borkenstein zitiert eine Berufsgenossenschaft dahingehend, dass „bei einer FFP2-Maske ohne Ausatemventil nach einer maximalen Tragezeit von 75 Minuten empfohlen wird, eine anschließende Erholungsdauer von 30 Minuten einzufügen“. Er empfiehlt darüber nachzudenken, wie die Tagesordnung von Sitzungen zu planen ist und wie viele Tagesordnungspunkte angebracht sind. An dieser Stelle weist er noch einmal darauf hin, dass es sinnvoll wäre vor den Sitzungen einen Schnelltest machen zu können.

RM Thiesing bringt Ausschusssitzungen in Erinnerung, bei denen die Säle im Bürgerhaus voller Zuhörer waren und eine Abnahme der Masken für die Ausschusmitglieder dann riskant wäre.

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird von der Fraktion „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“, **RM Ottens**, unterstützt. Aber auch für sie ist es wünschenswert die Möglichkeit zu erhalten, vor den Sitzungen einen Schnelltest machen zu lassen.

RM Homfeldt begrüßt die Anregung des Bg. Borkenstein, vor Sitzungen die Möglichkeit eines Schnelltests zu erhalten. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass das Testzentrum an der Branterei dafür jedem zur Verfügung steht. Im Rahmen der Vorbildfunktion muss an dieser Stelle auch gleiches Recht für die Zuhörer und für die Ausschusmitglieder gelten.

RM Heiden stellt für die UWG-Fraktion klar, dass sie damit einverstanden sind, dass zu allen Sitzungen Masken getragen werden.

Stv. RV Masemann lässt über den Änderungsantrag der Fraktion „Freie Bürger“ abstimmen.

Der Änderungsantrag wird mit 2 Ja-, 27 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Anschließend wird über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abgestimmt.